

## Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente

Das Dumping und die Subventionierung von Einfuhren durch Drittländer sind unlautere Handelspraktiken, die dem Einfuhrland schwer schaden können. Gemäß WTO-Recht kann derlei Schäden entgegengewirkt werden, indem spezifische Zölle eingeführt werden, sogenannte handelspolitische Schutzinstrumente (TDI). Die TDI der EU sollen sich auch künftig dazu eignen, neue Herausforderungen im internationalen Handel – beispielsweise Verzerrungen der Rohstoffmärkte in den Ausfuhrländern – zu bewältigen. Deshalb hat die Kommission vorgeschlagen, die Antidumpingverordnung und die Antisubventionsverordnung zu modernisieren. Das Europäische Parlament soll in der Mai-II-Plenartagung über die in den Trilogverhandlungen erzielte frühzeitige Einigung in zweiter Lesung abstimmen.

### Vorschlag der Kommission

1994 beschloss die EU handelspolitische Schutzinstrumente und übernahm damit den WTO-Rahmen in EU-Recht. Seither wurden diese TDI lediglich geändert, um der ständigen Rechtsprechung der WTO Rechnung zu tragen. Nun muss die EU bestimmte Mängel im Zusammenhang mit den Verfahren und dem Inhalt von TDI beheben, um mit dem raschen Wandel des handelspolitischen Umfelds Schritt zu halten.

Im April 2013 hatte die Kommission einen [Vorschlag](#) zur Modernisierung der [Antidumpingverordnung](#) und der [Antisubventionsverordnung](#) (2016 kodifiziert) angenommen. Mit der Reform sollten die Transparenz und Vorhersehbarkeit von Ermittlungen und die Wirksamkeit und Durchsetzung von Maßnahmen gegen Dumping und Subventionen verbessert sowie dem Risiko von Vergeltungsmaßnahmen entgegengetreten werden. Ein Kernelement des Vorschlags war die Außerkraftsetzung der Regel des niedrigeren Zolls in Fällen von Umgehung, Subventionierung und struktureller Verzerrung der Rohstoffmärkte in den Ausfuhrländern. Die Regel des niedrigeren Zolls besagt, dass die Dumping- und die Schadensspanne ermittelt werden und dann der niedrigere Wert zur Festlegung des Antidumpingzolls herangezogen wird. Dabei handelt es sich um eine WTO-Plus-Regel, die zwar nicht von wichtigen Akteuren wie China und den USA, von der EU aber systematisch angewandt wird. Würde diese Regel in Antidumpingfällen teilweise außer Kraft gesetzt, würden höhere Zölle auf Einfuhren aus Ländern mit verzerrten Rohstoffmärkten erhoben.

### Standpunkt des Rates

Im Rat waren die Diskussionen über diesen Vorschlag von 2013 bis 2016 nicht vorangekommen. Insbesondere die Mitgliedstaaten der EU, die stärker auf freien Handel setzen, bzw. jene, die etwaige Vergeltungsmaßnahmen fürchteten, wollten die Regel des niedrigeren Zolls in ihrer derzeitigen Form beibehalten. Schließlich gelang es dem [slowakischen Ratsvorsitz](#) im Dezember 2016, eine Einigung der Mitgliedstaaten der EU auf eine Verhandlungsposition herbeizuführen, auf deren Grundlage Trilogverhandlungen mit dem Parlament – also interinstitutionelle Verhandlungen – aufgenommen werden konnten.

### Standpunkt des Europäischen Parlaments

Das Parlament hatte im Dezember 2014 seinen [Standpunkt](#) zu dem Vorschlag beschlossen. Es lehnte die Vorschläge ab, vorläufige Maßnahmen gegen Dumping und Subventionen frühzeitig offenzulegen sowie während einer laufenden Untersuchung erhobene Zölle zu erstatten, wenn die Untersuchung dazu führt, dass die Maßnahmen außer Kraft gesetzt werden. In Antidumpingfällen forderte es die Außerkraftsetzung der Regel des niedrigeren Zolls, wenn strukturelle Verzerrungen des Rohstoffangebots in den Ausfuhrländern festgestellt wurden, wenn in dem Ausfuhrland keine ausreichenden Sozial- und Umweltstandards gelten oder wenn der Antrag im Namen eines heterogenen und fragmentierten Wirtschaftszweigs, der hauptsächlich aus KMU besteht, gestellt wurde. Es verlieh Gewerkschaften das

Recht, in Verbindung mit einem Wirtschaftszweig der Union Anträge zu stellen, und gewährte ihnen den Status als interessierte Partei. Es schlug vor, den Geltungsbereich der Rechtsvorschriften auf die ausschließlichen Wirtschaftszonen und den Festlandsockel auszuweiten, und es forderte, die Aufgaben der Informationsstelle für KMU auszuweiten und die Untersuchungszeiträume gegenüber der im Vorschlag niedergelegten Dauer zu verkürzen.

In dem [vorläufigen Text](#) vom Dezember 2017 finden sich eine wichtige Einigung darauf, die Regel des niedrigeren Zolls in Antidumpingfällen fokussierter anzuwenden, und Kompromisse in anderen Angelegenheiten. Der INTA-Ausschuss [billigte](#) ihn am 23. Januar 2018 mit 29 Ja-Stimmen bei 5 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen. Der Rat hat am 16. April 2018 in erster Lesung seinen Standpunkt formell [festgelegt](#), und das Parlament soll in der Mai-II-Tagung über die Empfehlung des INTA-Ausschusses für eine zweite Lesung eine Aussprache führen und anschließend abstimmen.

Bericht in zweiter Lesung: [2013/0103\(COD\)](#); federführender Ausschuss: INTA; Berichterstatter: Christofer Fjellner (PPE, Schweden). Weitere Informationen finden Sie im [Briefing des Wissenschaftlichen Dienstes zu laufenden Legislativverfahren](#).

